

Anfrage über die Zunahme psychischer Erkrankungen (Depression, Burnout-Syndrom) und die steigende Suizidrate

eröffnet am 19. Juni 2012

Jährlich unternehmen in der Schweiz 15 000 bis 25 000 Menschen einen Suizidversuch, rund 1000 Personen sterben dabei: Das sind dreimal so viele Tote wie durch Verkehrsunfälle (vgl. «Neue Luzerner Zeitung» vom Mittwoch, 23. Mai 2012). Statistiken zeigten, dass 70 Prozent der Suizide auf dem Hintergrund einer Depression geschehen. Eine breit angelegte Befragung (befragt wurden 1001 Personen in der Deutsch- und Westschweiz) hat ergeben, dass indes nur gut die Hälfte der Befragten eine psychische Erkrankung wie eine Depression oder ein Burnout als Ursache für eine Selbsttötung nennt. Experten sind sich einig, dass ein besseres Wissen der Bevölkerung bezüglich Depressionen und Suizid wichtig sei, um Symptome richtig deuten und rechtzeitig handeln zu können. Denn das grösste Problem sei, dass viele Menschen Selbstmordgedanken für sich behielten.

2008 startete Luzern als dritter Schweizer Kanton ein «Bündnis gegen Depression», welches neben der frühen Erkennung von Depressionen und der optimierten Behandlung von Betroffenen denn auch die verstärkte Information der Bevölkerung zum Hauptziel hatte. Das «Luzerner Bündnis gegen Depression» (LBgD) war als zweijähriges Pilotprojekt konzipiert und endete am 31. August 2009. Um das Thema in einen breiten Kontext zu stellen und im Rahmen eines nachhaltigen und langfristigen Programms «Psychische Gesundheit Luzern» anzugehen, beauftragte Regierungsrat Guido Graf im Sommer 2011 die Fachstelle Gesundheitsförderung mit der Entwicklung eines Aktionsprogramms «Psychische Gesundheit». Dem dazu veröffentlichten Bericht (Standortanalyse und Evaluationskonzept) ist zu entnehmen, dass sich in der Schweiz im Jahr 2010 die durch psychische Störungen und Krankheiten verursachten direkten und indirekten Kosten auf knapp 20 Milliarden Franken belaufen haben (BIP 496 Milliarden Franken).

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

1. Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat aus den geschilderten Erkenntnissen? Wie beurteilt er die Situation allgemein und für den Kanton Luzern im Besonderen? Welche Massnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Depressionen (inkl. Burnout-Syndrom) und Suiziden werden heute im Kanton Luzern getroffen? Sieht der Regierungsrat Optimierungsmöglichkeiten? Falls ja, wo erblickt er konkreten Handlungsbedarf?

2. Als Arbeitgeber trägt der Kanton Luzern gegenüber den eigenen Mitarbeitenden eine besondere Verantwortung. Wie verhält er sich in dieser Rolle im Umgang mit seinen Angestellten, und welche Bestrebungen (z.B. Präventionsprogramme zur Früherkennung) unternimmt er zur effektiven und nachhaltigen Bekämpfung des Problems?
3. Die Zahlen zeigen die immensen, durch psychische Erkrankungen verursachten volkswirtschaftlichen Kosten. Existieren konkrete Zahlen bezüglich dem Ausmass (Anzahl Fälle und Kostenfolge) für den Kanton Luzern als Arbeitgeber (öffentliche Verwaltung, kantonale Schulen, Gerichte und ausgelagerte Betriebe)?
4. Die erwähnte Umfrage verdeutlicht, dass grosse Mängel beim Wissensstand bestehen. Nebst den steigenden Kosten stellt das fehlende Bewusstsein in Bevölkerung und Politik die grösste Herausforderung im Bereich psychische Gesundheit dar (vgl. Abstract zum Aktionsprogramm «Psychische Gesundheit Luzern»). Wie steht der Regierungsrat zu dieser Feststellung? Gedenkt er, diesem Umstand verstärkt entgegenzuwirken und entsprechende Massnahmen einzuleiten (z.B. Informationskampagne zur Sensibilisierung/Aufklärung der Öffentlichkeit)?
5. Das Thema betrifft verschiedene Politikbereiche. Wie stellt der Regierungsrat den Austausch zwischen den betroffenen Fachgremien sowie eine gute Koordination zwischen den verschiedenen Programmen in der Krankheitsprävention sicher?
6. Wird das Thema an den Volksschulen aufgegriffen? Findet es Niederschlag im Lehrplan?
7. Gedenkt die Regierung, im Rahmen der Weiterentwicklung der Hochschulpolitik und namentlich bei der Realisierung einer Wirtschaftsfakultät an der Uni Luzern diesen gesellschaftlichen Herausforderungen Rechnung zu tragen (Ausgestaltung des Fächerangebotes oder Errichten entsprechender Institute an der Schnittstelle «Wirtschaft-Staat-Wohlfahrt»)?

Kottmann Raphael

Frey-Neuenschwander Heidi

Schönberger-Schleicher Esther

Peyer Ludwig

Bühler Adrian

Duss-Studer Heidi

Galliker Priska

Knüsel Kronenberg Marie-Theres

Hunkeler Yvonne

Ineichen-Fellmann Luzia

Schmassmann Norbert

Bründler-Lötscher Bernadette

Wismer-Felder Priska

Bucher Peter

Wüest Franz

Roos Willi Marlis

Suntharalingam Lathan

Stadelmann Eggenschwiler Lotti

Fanaj Ylfete

Candan Hasan

Lorenz Priska

Beeler Gehrer Silvana

Krummenacher Martin

Roth David

Frey Monique

Meile Katharina

Töngi Michael

Froelicher Nino

Reusser Christina

Schmid-Ambauen Rosy

Freitag Charly

Hess Ralph

Staubli David

Hofer Andreas